

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Das unparteiisch eingehendste Blatt über die Revolution in Deutschland

Verleger: Hermann Wolff in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin

Vor der Einberufung des Reichstages.

Einberufung des Reichstages.

Die Entente ist allem Anschein nach tatsächlich nicht geneigt, mit der sozialistischen Regierung und den Arbeitern und Soldatenräten Deutschlands zu verhandeln, da sie in diesen Körpern keine Vertretung des gesamten deutschen Volkes erblickt. Die dritte, nachdem sie seit vier Wochen bereits jeden direkten diplomatischen Verkehr mit der Reichsregierung abgebrochen hat, morgen bei Beginn der Verhandlungen über die Verlängerung der Waffenstillstandsfrist in Trier eine dahingehende Erklärung abgeben. Angesichts dieser Sachlage schweben innerhalb des Kabinetts Verhandlungen darüber, den Reichstag wieder einzuberufen, um der gegenwärtigen Regierung eine parlamentarische Grundlage zu geben. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Regierung notgedrungen die Konsequenzen aus dem Verhalten der Entente wird ziehen müssen. Man rechnet in unterrichteten Kreisen damit, daß der Reichstag bereits Anfang nächster Woche zusammentritt. Ein solcher Versuch dürfte spätestens im Laufe des morgigen Tages erfolgen. Wir möchten in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Reichstagsung der Arbeiter- und Soldatenräte auf Montag, 16. Dezember, nach Berlin einberufen ist.

Aus den Mitteilungen im heutigen Morgenblatt war zu ersehen, daß die Entente angeht die gegenwärtig in Deutschland herrschenden Zustände es ablehnt, in Friedensverhandlungen einzutreten. Man hatte den Eindruck, daß die Entente eine solche Haltung einnimmt, schon aus den Nachrichten der letzten Tage gemindert, schon aber wird die Wahrscheinlichkeit allmählich zur Gewissheit. Die Entente fasst wegen sich vor allem, mit „Wollkugeln“ und „Arbeiter- und Soldatenräten“ zu verhandeln. Sie wollen auch die gegenwärtige Regierung Ebert-Gaale nicht anerkennen, solange sie nicht das deutsche Volk vertritt, sondern nur eine auf revolutionärem Wege, ohne Zustimmung einer Volksmehrheit oder einer parlamentarischen Majorität zur Macht gelangte

Parteivertretung ist. Diese Regierung ordnet sich dem Willen eines Vollzugsrates unter, der eine ungeschicklich gebildete, zufällig zusammengesetzte, in keiner Weise das deutsche Volk repräsentierende Adhocratische ist, völlig unkontrolliert wie das alte Geheimtabinettschicht und waltet und nur existiert und gebietet, weil er angeblich über die gegenwärtige Gewehrverfassung, die Gewehrbesitzer nicht anerkennen, und es kann als ziemlich sicher gelten, daß sie ein Ultimatum vorbereiten und in kürzester Zeit Deutschland vor die Wahl stellen werden, entweder ordnungsgemäße Verhältnisse zu schaffen und für eine Regierung zu sorgen, die wirklich im Namen des deutschen Volkes sprechen kann, oder den Einmarsch und die Okkupation zu erdulden. Was es bedeuten würde, wenn die Truppen des Marschalls Koch Berlin besetzen würden, scheint sich nicht jeder genügend klar zu machen. Es muß absolut jedes Mittel ausgedacht werden, um diese drohende Gefahr abzuwehren. Nachdem man in den Kreisen der jetzigen Regierung den Reichstag als nicht mehr existierend behandelt hat, ist man angeht die Entscheidung zu erdulden, die vorliegenden Ultimatum nun anscheinend doch zu der Heberzeugung gelangt, daß in der Einberufung des Reichstags die einzige Rettung liegt. Der Reichstag kann die jetzige Regierung entweder befähigen und sie dadurch zu einer Regierung machen, die im Namen der Parlamentsmehrheit handelt, oder er kann ihre Umänderung oder Auflösung fordern. Wir wissen sehr wohl, daß keine Zustimmung nicht mehr dem Geiste der neuen Zeit entspricht und daß vieles sich gegen ihn einwenden läßt — aber die Nationalversammlung ist noch nicht da, die Regierung hat noch nicht einmal gewagt, den Unabhängigen zu trosten und den Wahltermin näher zu rücken, und so bleibt als einzige parlamentarische Veranlassung, die im Auftrage des ganzen Volkes sprechen könnte, eben der Reichstag übrig.

Die Bildung eines Volksheeres.

Die Reichsleitung trägt sich, wie wir hören, mit der Absicht, ein Volksheer zu bilden, das an die Stelle des früheren kaiserlichen Heeres treten soll. Einzigartige Beschlässe über den Umfang der Wehr sind jedoch nicht gefaßt worden.

Die Wirkung der deutschen Umwälzung auf Schweden.

(Von unserem Korrespondenten)

Stockholm, 11. Dezember.

Die Revolution in Deutschland hat, wie überall, so auch in Schweden einen ungeheuren Eindruck gemacht. Nichts während des ganzen Weltkrieges hat vielleicht die gewaltige Bedeutung Deutschlands für ganz Europa so unüberdeutlich offenbart, wie die weitreichende Wirkung, die die innere Umwälzung in uns ausgeübt hat und andauernd ausübt. In dem Augenblick der deutschen Revolution ging ein merkliches Zittern durch alle anliegenden Staatsgebilde. Noch ist es aus begrifflichen Gründen unmöglich, sich ein Bild von den inneren Vorgängen in den Ländern der Entente zu machen, und wir können zunächst nur aus unsicheren Gerüchten erraten, daß die Sturmwooge in Deutschland auch dort Wellen schlug, die aller Wahrscheinlichkeit nach die Vorbereitungen von welthistorisch ungemessen bedeutungsvollen Umwälzungen sind. Klaxer setzen wir in Bezug auf die neutralen Nationen, denn hier allen uns die Nachrichten ungehindert entgegen. Aus der Schweiz, aus Holland, aus Dänemark und Spanien berichtet der Draht von Bewegungen, über deren Inhalt kein Zweifel bestehen kann. Die Massen sind mobil geworden und haben den Krieg gegen die bisherige Gesellschaftsordnung angelegt.

Auch in Schweden geht eine tiefe Erregung durch das ganze Volk. Kaum hatte man sich von dem ersten atomalen Schauern über die Ereignisse in Deutschland erholt, so begann man den Blick nach innen zu wenden, um im eigenen Hause die Konsequenzen aus der Umwälzung bei dem großen südlichen Nachbarvolk zu ziehen. Die Parteigruppierung in dem skandinavischen Staate ist ja bekannt. Neben den Gemäßigten (oder Konservern) stehen in der Reichweite nach links die Sozialisten (oder Sozialisten), die Sozialisten und die Jungsozialisten. Es ist ferner bekannt, daß die jetzige Regierung eine Mehrheitsregierung darstellt, da sie sich aus Mitgliedern der beiden Mittelparteien (Liberalen und Sozialisten) zusammensetzt, die auf Grund der letzten Wahlen die Majorität im Lande besitzen. Dieser Umstand spielt natürlich eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn auf diese Weise entspricht die Vertretung der Macht in hohem Grade der tatsächlichen innerpolitischen Stellung.

Die erste Forderung nach einer durchgreifenden Umwälzung des gegenwärtigen Systems kam aus dem Lager der Jungsozialisten. Schon am 11. November veröffentlichte das Organ dieser Partei, „Folkets Dagblad Politiken“, ein Programm für eine schwedische Volksrevolution, das der Hauptsache nach folgende Punkte aufstellte: 1. Die Bildung einer sozialistischen Regierung; 2. die sich auf Arbeiter, Soldaten und Bauernrechte im ganzen Lande stützt; 2. republikanische Verfassung; 3. Abschaffung der ersten Kammer; 4. unmittelbare Einberufung einer konstituierenden Nationalversammlung auf Grund des uneingeschränkten allgemeinen Wahlrechts für Männer und Frauen im Alter von über 20 Jahren; 5. die sofortige Einstellung der Militärdienstleistungen; 6. eine durchgreifende Erhöhung der Löhne aller Arbeiter und Beamten; 7. die unmittelbare Einführung des achtstündigen Arbeitstages; 8. Arbeiterkontrolle über die Industrie; 9. Heberlassung des Grundbesitzes von Kleinrentnern, landwirtschaftlichen und handlichen Betrieben unter der Kontrolle des Staates an Institute, Köhner, Anwälte, Bauernhöfe und Waldarbeiter. Im dieses Generalstreik anemphatisch. Schon am Tage vorher hatte eine allgemeine Arbeiterdemonstration gegen die Lebensmittellieferung in Stockholm stattgefunden, die zwar vollkommen ruhig verlief, bei der aber mehrfach der Ruf „Es lebe die Republik!“ erschollen war.

Was bei dem Programm der Jungsozialisten folglich in die Augen fällt, ist besonders in Punkt 1 und Punkt 5 die Ablehnung des russischen Vorbildes. Es ist ja schon längst kein Geheimnis mehr, daß zwischen den Führern der genannten Partei und den Propaganda-Missionären der Moskauer Sowjetregierung enge Beziehungen bestehen. Der Jungsozialistische Elemente war in Schweden zeitweise recht stark, und es wurde bald bekannt, daß sie Geheimnisse und Schriften in Fülle mitbrachten, die dann von ihren schwedischen Gönnergenossen verwendet wurden, um bei den Arbeitern die besten Ergebnisse zu erzielen. Besonders in den nächsten beträchtlichen Erfolge erzielt und auch die Truppen zeigten sich sehr empfänglich, was man hört, für die Umwälzung empfänglich. Die Macht der extremen Kräfte ist also keineswegs nur eine quantitative Frage. Auf der anderen Seite aber muß man bedenken, daß mehrere sehr wichtige Momente in der schwedischen Geschichte bereits erwähnt, nämlich der Charakter der gegenwärtigen Regierung als einer sozialdemokratisch-liberalen Mehrheitsregierung. Das andere ist der Umstand, daß die unteren Volksklassen in dem neutralen Schweden während des Weltkrieges zwar einem hartem Leiden ausgesetzt waren, daß sie aber nicht im entferntesten die seelischen und körperlichen Leiden zu erdulden

Amerika gegen die Annexion

linksrheinischen Gebiets.

Paris, 11. Dezember. (Z. II.)

Von unterrichteter amerikanischer Seite wird mitgeteilt, daß Amerika unter seinen Umständen der Forderung Englands und Frankreichs auf Annexion von linksrheinischen deutschen Gebieten zustimmen werde. Die Vereinigten Staaten könnten allerdings das übereinstimmende amerikanische Gebaren ihrer kontinentalen Verbündeten auf keinen Fall der von England verlangten Abrüstung beistimmen.

Rotterdam, 11. Dezember.

Die Neue aus Washington erfährt, teilte die amerikanische Regierung nach Berlin und Wien mit, daß sie keine Sonderverbindung mit den Mittelmächten wünsche. Alle Mitteilungen sollten, wie es sich gehörte, an alle Bundesgenossen gelangt werden.

Wilson's Versöhnungsprogramm.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

München, 11. Dezember.

Eine mit den Richtlinien des Wilson'schen Friedensprogrammes innig vertraute Persönlichkeit teilt der „Münchener Post“ folgendes mit: Der Präsident ist entschlossen, seinen die Versöhnung und Bereinigung der Antagonisten zu einem Friedensbündnis beinhaltenen 14 Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Der Präsident weiß, er wird auf ernste Schwierigkeiten stoßen. Verdrängende Vorgänge bei der Befreiung der Pfalz und des Rheinlandes und die hoffentlich Auslassungen französischer und englischer Mächte weisen auf eine Stimmung hin, die kein beruhigendes Ergebnis der Friedensverhandlungen verspricht. Der Präsident wird sich Kraft der ihm unvorzweifelhaft eingeräumten Befugnisse dafür einsetzen, daß kein Weltkrieg geendet wird. Der Präsident ist sich seiner moralischen Pflicht, der Welt einen Frieden der Versöhnung zu erwirken, bewußt und wird sie ohne Vorbehalt erfüllen. Er hat die Überzeugung, daß das Gelingen seines Werkes, trotz erneut sich vorzubereitender Gefahr, nicht verzweifeln. Die Hauptpunkte seiner Grundsätze betreffen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Deutschland aufstrebende gerade die Schicksale, die Freiheit der Meere, Gleichberechtigung wurde Frankreich 1870 gegen seinen (westen) (Die Idee) Wilson entziehen, es soll mit Frankreich wieder vereinigt werden. Darüber bezieht nach Ansicht des Präsidenten auch in Deutschland kein Zweifel. Ebenso dürfen sich Frankreich und England keinen Zweifel darüber hingeben, daß bei dem Ausmaß der Ehre und Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit vorhalten müssen. Die Schicksale der Völker der Welt müssen sein. Die Schicksale der Kriegsgewinner und die Schicksale des besiegten Volkes muß es unterscheiden sein. Jene war ein Verbrechen vor Gott und den Menschen.

diese eine schwere Irrung, die ein mildes Urteil nicht ausschließen darf. Das deutsche Volk muß weiter leben und arbeiten können im Interesse der Weltkultur. Der Versöhnungsgedanke hegt, will nicht den Frieden. Der dritte Punkt die Freiheit der Meere ist ein Vorbehaltungen. Die Ansprüche, die historischen Ansprüchen widersprechen. Der Widerspruch, wie er vom Präsidenten Wilson geäuert ist, läßt viele aber hinsichtlich erscheinen. Das Recht der Völker auf Freiheit der Bewegung wird durch völkerrrechtliche Vereinbarungen, durch die allgemeine Abrüstung und durch eine internationale Seepolizeihergestellt gewahrt werden als durch die Vor- und Uebermacht einer Flotte. Diesen Standpunkt wird der Präsident in der Friedenskonferenz mit aller Entschiedenheit vertreten.

Ein angeblicher Hilferuf der Berliner an die Entente.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Saar, 11. Dezember.

Der britische deutsche Dienst veröffentlicht folgende Meldung: Die gegenrevolutionäre Bewegung in Berlin will einen Bürgerkrieg. Wenn Ausbruch würde, wird verlangt, besonders blutig werden. Daher befragt das Volk die Hilfe der Alliierten und verlangt, daß sie ihre Wirkung bis nach Berlin zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausdehnen. (!)

Die Mütter von Lille für die Strafverfolgung Wilhelms II.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Saar, 11. Dezember.

Der „Telegraph“ meldet aus Paris: Eine Anzahl Mütter in Lille haben die Initiative zu einer gemeinsamen Anklage gegen den früheren deutschen Kaiser ergriffen. Die Anklage lautet folgendermaßen: „In Anbetracht dessen, daß die deutschen Armeekommandanten während der Ereignisse im April 1916 mörderische junge Mädchen ihren Familien entziehen haben, ihnen eine schändliche Behandlung zusetzten und sie mit Frauen schlechten Lebenswandels und Soldaten in Verbindung brachten, daß ferner die Ehre der deutschen Frauen sich auf diese Weise der Entführung der Minderjährigen und der Aufregung der Minderjährigen zu liberalem Lebenswandel schuldig gemacht haben, und daß sie schließlich diese Taten immer im Namen des Kaisers vorgenommen haben, reichen die unterzeichneten Frauen eine Anklage ein und fordern die Verfolgung von Wilhelm II.“